
Europa regieren

Europa erlebt einen dramatischen Machtkampf. Es geht um die künftige Verfasstheit des institutionellen Gefüges. Die politischen Eliten ringen um die neue Gewichtung im Steinbruch des Machtmosaiks.

Eine solche Art des institutionellen Machtkampfes rundet eigentlich immer wieder eine große Krisenphase der Integration ab. Der mit der Krise verbundene Lernprozess sucht nach Ergebnissen der Neu-Komposition des Entscheidungsgefüges.

Der Kontinent findet keine Ruhe. Er driftet von Krise zu Krise. Schuldenberge werden angehäuft. Es grassiert die Angst um das eigene Geld. Folgerichtig kommen Zweifel an Handlungsfähigkeit und Legitimation der Europäischen Union auf. Hinweise auf die Entmündigung des Bürgers durch das Monster Europa werden zum Bestseller. Krisenmanagement wird zum eigentlichen Inhalt und das Erscheinungsbild der Politik. Wäre es eingebettet in eine klare Strategie und Perspektive, dann könnte man alledem die Dramatik nehmen. Aber gerade das ist nicht der Fall.

Wie kann nun die strategische Antwort auf diese schwierige Lage aussehen? Sie kann nicht in dem historischen Hinweis auf die Gründerzeiten und die klassischen Motivationslagen der frühen Nachkriegszeit bestehen – was häufig genug versucht wird. Manche politische Kulisse der Integration stammt noch aus den Gründerzeiten, als Antwort auf Krieg und Frieden zu geben war – oder dann, als die Einigung Europas politisches Überlebensprinzip im weltpolitischen Konflikt zwischen Ost und West war. Alles das ist heute konsumiert, bietet bestenfalls hohles Pathos aus vergangenen Zeiten. Es bedarf jetzt der großen Verständigung auf neue Begründungskonstellationen, die das Machtmonster Europa verstehen lassen. Schließlich hat es ja in den letzten 20 Jahren einen immensen Machttransfer nach Europa gegeben. Reichte es einst, auf die Frage nach europäischer Zuständigkeit mit dem Hinweis auf Agrarmarkt, Außenzoll und Außenhandelsverträgen zu antworten, so muss man heute umgekehrt argumentieren. Es gibt nur noch zwei Bereiche, in denen Europa keine Gestaltungskompetenz besitzt, nämlich die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme und die Kulturpolitik. Die gut 500 Millionen Menschen mit ökonomischem Spitzenpotenzial und solider militärischer Ausstattung haben die Europäische Union in den Rang einer Weltmacht befördert. Umso dringlicher wird es, diese Weltmacht aus taumelnder Orientierungslosigkeit zu befreien. Dazu bedarf es der neuen Begründungskonstellationen und der präzisen Strategien. Nur so kann Europa

eine zukunftsfähige Form finden. Die Alternativen zu diesem Konzept lassen sich in Ansätzen gegenwärtig beobachten. In fast jedem Mitgliedstaat gibt es Fluchtbewegungen aus der Komplexität der Lage in die einfache Formel des populistischen Extremismus.

Das zu lösende Kernproblem ist klar: Es besteht in der Diskrepanz zwischen internationalisierter, ja weitgehend globalisierter Problemstruktur, teilweise nationaler, teilweise europäischer Entscheidungsstruktur und nationaler Legitimationsstruktur. Diese Diskrepanz ist nur zu überwinden, wenn der Machttransfer auf europäische Ebene eine klare Deutung und eine transparente Erklärung erhält.

1. Europa erlebt das Ende alter Selbstverständlichkeiten

Es gab Zeiten, da boten die großen Herausforderungen feste Orientierungen. Solche Filter eingehender Informationen benötigt jede komplexe, moderne Gesellschaft, um Halt zu finden und Halt zu bieten. In der Geschichte der Europäischen Integration ist es nicht das erste Mal, dass in einer Krise die Frage nach der Sinnhaftigkeit gestellt wird. Bisher gab es jedoch immer eine Antwort, die dem Projekt immense Vitalität verlieh. Dies bleibt aber heute aus. Das kennzeichnet die neue Epoche – die Abwesenheit einer identitätsstiftenden Zielprojektion. Ohne Identitätsgrundlage fehlt aber jedem politischen System die Basis seiner Handlungsfähigkeit.

Aus den bisher gelungenen Beispielen des Krisenmanagements ist für die gegenwärtige Herausforderung zu lernen: Europa braucht starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe. Die Politik muss die notwendigen Schritte strategisch erklären und vertrauensbildend durchhalten. Erklärungsdefizite sind zu vermeiden, zumal eine nur schwach ausgebildete Identität keine zusätzlichen Stabilisierungsleistungen erbringt.

Bei allen Krisenmeldungen darf man also die Lernprozesse nicht übersehen, die unter Druck und im Stress ausgelöst werden. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist hierfür das beste Beispiel. Im Vertrag von Maastricht hatte man zwar die Währungsunion präzise mit ihren Stabilitätskriterien definiert. Die von Anfang an geforderte politische Umrahmung hatte man jedoch ausgespart. Die Elemente einer Politischen Union wurden erst unter Druck der Finanzkrise wieder thematisiert.

2. Unter Druck wird ein Lernprozess verwirklicht

Die dramatische Verschuldungs- und Währungskrise Europas hätte vermieden werden können. Alle sachlichen Details dazu lagen bereits bei den Vorverhandlungen zum Vertrag von Maastricht, also vor rund 20 Jahren, auf dem Tisch. Man wusste: Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur stabil bleiben, wenn es einen starken, handlungsfähigen politischen Rahmen gibt. Währungsunion und Politische Union sind zwei Seiten einer Medaille. In Maastricht fehlten Kraft und Zeit, diese Erkenntnis politisch direkt zu realisieren. Man nahm sich dazu neue Verträge vor. Aber angesichts ökonomischer Schönwetterzeiten wurde der notwendige Reformkern nicht verwirklicht. Als die Griechenlandkrise begann, wurde das politische Handlungsdefizit vielfältig klar: Die Europäische

Union verfügte nicht einmal über eigene Währungsdaten. Sie erhielt auch keine frühzeitigen Informationen aus den Mitgliedsstaaten zu deren nationalen Budgetvorhaben. Jetzt aber, unter ökonomischem und politischem Druck, wurde dies korrigiert. Ein Stabilisierungsmechanismus wurde geschaffen. Ein ergänzender Fiskalpakt wurde relativ kurzfristig möglich: Eine verschärfte Schuldengrenze und Schuldenbremse; ein Sanktionsmechanismus mit effektiveren Abläufen unter Einbeziehung des Europäischen Gerichtshofs. Erst unter massivem Druck negativer Realitäten konnte der überfällige Lernprozess realisiert und politisch umgesetzt werden.

Langfristig jedoch müssen die erforderlichen Schritte über diesen gegenwärtigen Status quo der Reform hinausgehen. Denn angesichts der Erosion des gemeinsamen Symbolhaushalts lautet der Befund: Europa braucht Ziele, Perspektiven, Orientierungen. Es muss eine strategische Kultur aufbauen. Wer die große Zeitenwende Europas positiv beantworten will, der benötigt einen anderen kulturellen Umgang mit Europa:

- Neue Vitalität wird Europa nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Europa kann heute nur als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung ein neues Ethos entfalten. In der Globalisierung liegt die Idee für die neue, kraftvolle Begründung. Ein Aufbruch aus der zweiten Eurosklerose kann nur vermitteln, wer die Kunst der großen Deutung beherrscht. Am Beginn steht die Globalisierung mit ihren Konsequenzen für jeden Einzelnen Bürger. Europa liefert die Antwort darauf mit seinem strategischen Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen. Nur die Union kann schlüssige Antworten liefern, nur die integrierte Gemeinschaft ist stark genug, den einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren. Europa hat das Potenzial zur Weltmacht. Allerdings muss dieses Potenzial angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann durchaus jenes Europa erbringen, das heute den großen Herausforderungen verunsichert gegenübersteht. Es muss lediglich seinen Lernprozess strategisch konsequent umsetzen.
- Eine mächtige politische Wirklichkeit, die ihre Identität sucht, braucht den Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute jedoch weit davon entfernt der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit ihren Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ihren Ängsten und Konflikten zu sein. Das Europäische Parlament muss also – wie auch die nationalen Parlamente – seine Rolle sensibler und intensiver verstehen und umsetzen.
- Identität wird durch einen gemeinsamen Erfahrungshorizont kreiert. Die Möglichkeiten hierzu bieten sich an. Die Dichte integrativer Verbindung hat drastisch zugenommen. Längst ist es nicht mehr bloß die Zollunion oder der Binnenmarkt. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat einen schicksalhaften Schub des aufeinander Angewiesenseins ausgelöst. Dies muss man politisch beantworten. Europa muss sich als Strategie-Gemeinschaft begreifen.

Dies alles geht nicht von heute auf morgen. Und nicht jeder Staat wird jeden Schritt mitgehen wollen. Entscheidend aber ist es, diese Herausforderung nicht allein als Problem, sondern auch als strategische Chance für die Zukunft Europas zu sehen.

3. Die strategische Führungskultur vertiefen: differenzierte Integration

Europa muss also seine Führungskultur fortentwickeln. Die machtvolle Komposition des Kontinents kann nicht einfach fortschreiben, was einst für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit sechs Mitgliedsstaaten galt. Das erheblich größere Europa ist differenzierter zu organisieren. Bereits seit mehr als zwanzig Jahren erfolgen Integrationsschritte an denen sich nicht alle Mitgliedsstaaten beteiligen und bei denen man auch nicht auf die letzten Zögerer warten will. Die Eurozone, der Schengen-Raum und weitere Projekte zeigen, dass die differenzierte Integration bereits seit geraumer Zeit ein fester Bestandteil des Integrationsprozesses ist.

Differenzierte Integration kann als Laboratorium für das Innovationspotenzial der EU dienen. Die Heterogenität und die schiere Zahl unterschiedlicher Interessen laden geradezu dazu ein, Projekte voranzutreiben, die von einer Gruppe von Staaten für wichtig erachtet werden, die aber keine Realisierungschance im Geleitzug der ganzen Union haben. Dabei bedeutet differenzierte Integration nicht, ein Zwei-Klassen-Europa einzuführen. Die Staaten, die heute den nächsten Schritt nicht vollziehen wollen, haben die Gelegenheit, dies später nachzuvollziehen. Die differenzierte Integration bietet also die Chance, die Handlungsfähigkeit der Union zu sichern und die Probleme zu lösen, ohne Fragen der Selbstverständigung zu ignorieren.

Autor:

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Direktor des CAP (Centrums für angewandte Politikforschung) und Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist zudem Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Salzburg (seit 2012) und ständiger Gastprofessor an der Remnin Universität Peking (seit 2002). Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Ehrenmitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (Budapest), Mitglied im Kuratorium der Zeppelin Universität, Friedrichshafen, im Kuratorium des „Verbandes der Privaten Hochschulen e. V.“ (Frankfurt), sowie assoziiertes Mitglied des Club of Rome. Die aktuelle Publikation des Autors zur Thematik: Werner Weidenfeld, Europa - eine Strategie, Kösel-Verlag, München 2014.

Kontakt: werner.weidenfeld@lrz.uni-muenchen.de

Weitere Informationen unter: www.cap-lmu.de/cap/mitarbeiter/weidenfeld.php

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de